

Dresdner Volkszeitung

Hauptredaktion: Dresden,
Raben & Comp., Nr. 1268.

Organ für das werktätige Volk

Hauptredaktion:
Gebr. Arnhold, Dresden
und Schöf. Staatsbank.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaften Dresden-Neustadt und Dresden-Altkreis

Bezugspreis einschließlich Frachtkosten mit den wöchentlichen Beilagen „Nach der Arbeit“ und „Wohlfahrt“ für einen halben Monat 100 Goldpfennig, Einzelnummer 10 Goldpfennig.
Telegraphen-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Bettendorferplatz 10, Telefon 25 261.
Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Geschäftsstelle: Bettendorferplatz 10, Telefon 25 261.
Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis. Grundpreise: die 20 mm breite Nonpareilzeile 30 Goldpf., die 90 mm breite Reklamezeile 150 Goldpf., für auswärtige Anzeigen 35 und 200 Goldpf. Familienanzeigen, Stellen- u. Mietgesuche 40 Proz. Rabatt. Für Briefniederlegung 10 Goldpf.

Nr. 156

Dresden, Montag den 7. Juli 1924

35. Jahrg.

Die Abneigung gegen die Repko

Energische Sprache des Daily Herald

Wie uns aus London gemeldet wird, betrachtet man dort den diplomatischen Zwischenfall nach wie vor als ernst. Da Herrriot selbst in Oequeurs in vollem Umfang über die britische Auffassung, insbesondere dahin unterrichtet wurde, daß England als Feststellungsbehörde für zukünftige deutsche Verfehlungen eine von der Reparationskommission unabhängige Instanz errichtet zu sehen wünscht, wird die Pariser Kampagne auf die Hilfe eines hohen französischen Beamten, man spricht von dem Ministerialdirektor im französischen Außenministerium, Verretti de la Rocca, zurückgeführt. Allgemein wird in Londoner politischen Kreisen betont, daß von einer Loyalität der britischen Regierung keine Rede sein könne, da Frankreich viel ausführlicher als alle übrigen Alliierten unterrichtet wurde. Man betont weiter, daß das Einlassungsprotokoll keinen Versuch darstelle, die englische Auffassung den übrigen Alliierten zu suggerieren. Wenn auch auf Grund verschiedener französisch-britischer Schritte im Verlauf des Freilags nicht mehr gesagt werden kann, daß eine englisch-französische Krise noch unmittelbar besteht, so bleibt doch der sachliche Gegensatz vorläufig bestehen. In politischen Kreisen verläutet, daß die britische Regierung ihre Auffassung über die Errichtung einer neuen Feststellungsbehörde für deutsche Verfehlungen aufrechtserhalten werde, weil sie das als notwendig erachtet. Die Regierung denkt daran, einen internationalen Gerichtshof am Sitz des Völkerbundes vorzuschlagen. MacDonald beharrt insbesondere deshalb auf seiner Auffassung, weil in England eine allgemeine Abneigung gegen die Reparationskommission vorherrscht, seitdem das amerikanische Mitglied ausgeschieden und die Reparationskommission nur noch als Anhängel des Laui d'Orsay zu betrachten ist.

Während die Times erklären, daß der englische Vorkrieg noch nicht das letzte Wort darstelle, womit das Blatt indirekt die Möglichkeit eines Rückgebens andeutet, schreibt der diplomatische Korrespondent des sozialistischen Daily Herald in einem ungeschönt scharfen Artikel, daß die britische Regierung mit ihrer Energie an ihrer Auffassung festhalten werde. Das Blatt schreibt u. a.:

England und Amerika sind die alte Politik fort. Sollte sie dennoch in gewissem Sinne fortgesetzt werden und der Panzerkrieg wiederkehren, obwohl Poincaré gefallen ist, dann kann Frankreich von den angelsächsischen Ländern keine Hilfe mehr erwarten. Es muß dann seine Reparationen selbst einstreichen und seinen finanziellen Verpflichtungen nachkommen oder schließlich den Bankrott erklären. Auch die Sorge um die französische Sicherheit hat Frankreich gegebenenfalls selbst zu übernehmen. Das sollte man vor allem jenen dunklen Fremden in Paris Gemüts führen, die jetzt eine unterirdische Kampagne in Paris betreiben.

Wir wollen hoffen, daß England fest bleibt und daß es Herrriot gelingt, seinen diplomatischen Widerstand zum Ende, seinen Weg der Verständigung weiterzugeben.

Mit welchen Schwierigkeiten die englisch-französischen Staatsmänner zu kämpfen haben, um eine Abwehr von dem

System Poincaré durchzuführen, beweist auch folgender Bericht des Pariser Temps aus Brüssel:

Was die Unterzeichnung des neuen Abkommens anbelangt, so sei man in Brüssel keineswegs geneigt, die englische These anzunehmen und ein Protokoll zu unterzeichnen, das, wie man glaube, eine Abänderung (Revolution) des Friedensvertrages von Versailles sei, durch das man also dessen Einrichtungen zerstören würde. Man wolle ein Protokoll annehmen, das unter den Alliierten besprochen würde und das dann die Deutschen annehmen müßten. Damit sei ihr Einverständnis fundgegeben, und in der Zukunft würden sie nicht in der Lage sein, die Verantwortlichkeit der Ausführungsmaßnahmen des Planes Lawes anzuerkennen. Die Belgier wünschten, daß dieses Protokoll im Rahmen des Versailler Vertrages unterzeichnet würde, daß es die Durchführungsmodalitäten festsetze und nicht ein neues diplomatisches Instrument werde, das die Parlamente zu ratifizieren hätten, und das infolgedessen, was die politischen Klauseln anbetreffe, an Stelle des Versailler Vertrages trete. Was die Befugnisse der Reparationskommission anbelangt, so sucht man in Brüssel unter der Bedingung, daß auf anderen Gebieten erste Gegenleistungen für die den Engländern gemachten Zugeständnisse erzielt würden, nach einer Lösung. Die Belgier lehnten die Finanzkommission des Völkerbundes ab, weil sie kein ständiger Organismus sei. Sie wollten den Vorkrieg machen, daß etwaige Verfehlungen durch einen Sachverständigenausschuß festgestellt würden, in dem die 5 Mächte Frankreich, England, Italien, Amerika und Belgien vertreten seien, wie in dem Sachverständigenausschuß.

In der Frage der Sicherheit für die Rationen seien die Belgier im Einvernehmen mit den Franzosen nicht geneigt, nachzugeben.

Neue französische Kriegsverurteilungen gegen Deutsche

Vor dem französischen Kriegsgericht in Doubs wurden am Sonntagabend 21 Mitglieder angeblicher Geheimorganisations zu verurteilen. Der Strafantrag lautete auf Gefängnisstrafen von 6 Monaten bis zu 10 Jahren und Geldstrafen bis zu 1000 Fr. Vier Angehörige, von denen der Nachweis, im Weltkrieg-Bund an besonders hervorragender Stelle und gegen die Befehle tätig gewesen zu sein, als erwiesen galt, wurden zu je 10 Jahren Gefängnis und 50000 Fr. Strafe verurteilt. Die übrigen Angeklagten erhielten Strafen von einem Monat bis zu zwei Jahren Gefängnis, außerdem Geldstrafen in Höhe von 500 bis 1000 Fr. Drei der Angeklagten, die sich angeblich für eine schandvolle Lösung bei der Reichswehr verpflichtet hatten, wurden zu Gefängnisstrafen bis fünf Wochen verurteilt.

Die Annahme, die die neue französische Regierung für die verurteilten Deutschen des besetzten Gebietes ausgesprochen hat, bleibt nur ein Halbes, wenn die französischen Kriegsgerichte immer neue Urteile gegen Deutsche fällen. Auch dem Umfang der französischen Willkür muß ein Ende gemacht werden im Interesse der Annäherung der beiden Völker.

Was sagt der Außenminister dazu?

Reichswehr und Monarchismus

München, 6. Juli. (Eig. Transk.)

Am Sonntag wurde die Einmischung eines Bundesgenossen für die 30000 im Weltkrieg gefallenen Kämpfer, der vor der Münchener Reichswehr errichtet und am Sonntag enthüllt worden ist, zu einer monarchistischen Demonstration benutzt. Vor Kuppel von Wittelsbach, der umgeben von verschiedenen Fremden, auch zu dieser Feier erschienen war und von den Vertretern der staatlichen und städtischen Behörden, darunter auch dem Ministerpräsidenten und dem ehemaligen Reichspräsidenten Hindenburg, auf herzlichste begrüßt wurde, debattierten in mehr als halbstündigem Karabemarsch unter den Klängen des „Hedevicus Rex“ Reichswehrangehörigen, Offiziers- und Studentenverbände, Vaterländische Vereinnigungen und Mitglieder des Landtags, darunter auch Leute in Militär-Uniform. Die verschiedenen Reden und Reden auf Spruchbänder fanden freilich kein allzu starkes Echo. Von den Reden, die gehalten wurden, ist folgender Satz des Ministerpräsidenten besonders bemerkenswert: „Wir haben allen Anlaß zu der Befriedigung, daß unsere Kaiserlichen Brüder neue Leiden durch verwerfliche Vorkämpfe bewirken, die das Land den Franzosen in die Hände spielen wollen.“ Es scheint — und Erkundigungen an unterrichteter Stelle bestätigen das —, daß die bayerische Staatsregierung neuerdings mit separatistischen Störungen in der Pfalz redet. Ob monarchistische Ausgebungen ein geeignetes Mittel sind, von der in seiner Wehrzeit republikanisch und deutsch fühlenden Pfälzer Bevölkerung separatistische Störungen abzuhalten, muß doch mit Recht bezweifelt werden.

Also ausgerechnet in einem Augenblick, wo die französische Regierung Herrriot wegen ihrer Verständigungspolitik dem heftigsten Widerstand der Nationalisten im eigenen Lande ausgesetzt ist, debattieren in München die Truppen der Republik vor dem Zaidhalter der bayerischen Monarchie. Die französische Reaktion wird diese Unterstützung ihrer Politik durch amtliche Organe des Reichs ockerlich schon in den nächsten Tagen dankend quittieren. Wäher letzte sie ihre Hoffnungen im wesentlichen auf die deutschen Nationalisten — jetzt scheint ihr auch noch ein Helferhelfer von antlicher Stelle Deutschlands' ersuchen zu sollen. Was sagt der Reichsaussenminister zu dieser Sabotage

seiner Politik? Am Reichstag hat er sich vor wenigen Wochen anlässlich der Regierungserklärung ausdrücklich gegen den Umfang gemahnt, Demonstrationen zu veranstalten, die im Ausland Anlaß zur Beunruhigung geben. Ist er jetzt bereit, endlich dem Reichsaussenminister klarzumachen, daß auch er Rücksicht auf seine Anordnungen zu treffen hat? Wir können uns jedenfalls nicht vorstellen, daß die sozialdemokratische Reichstagsopposition den neuesten Münchener Vorkfall stillschweigend hinnimmt.

Der Seuchenherd am Balkan

Das Wettrüsten

Die militärischen Rüstungen der Balkanmächte nehmen nach einer Wiener Meldung der Germania immer größeren Maßstab an. Südslowenien hat in den letzten Monaten nicht weniger als 1 Million Raufgewehre, 133 Wagners Sprengstoffe, eine große Menge von Geschützen usw. erhalten. Für alles dieses Kriegsmaterial hat Südslowenien bisher 1740 Millionen Franz ausgegeben. Die Fabriken von Sloba sind mit Aufträgen der Balkanstaaten überhäuft. Polen hat 35 Millionen Patronen bestellt. Hauptächlich laufen von der rumänischen Regierung Bestellungen für Artilleriegeschützen ein. Dieses andauernde Wettrüsten beunruhigt die öffentliche Meinung in Oesterreich um so mehr, als auch die österreichischen Fabriken mit Erlaubnis der Postkonferenz zahlreiche Aufträge für die Anfertigung von Kriegsmaterial erhalten haben.

Südslowenisch-italienische Grenzzwischenfälle

Nach einer Meldung aus Belgrad kam es am 8. und 4. Juli zu blutigen Zwischenfällen an der südslowenisch-italienischen Grenze. Sogar die sübslawische Untersuchungskommission, die sich zwecks Aufklärung in die Mergod von Bobrovo begeben hatte, wurde von einer italienischen Grenzpatrouille beschossen. Nur einem glücklichen Zufall ist es zu verdanken, daß niemand getötet oder verwundet wurde. Wegen dieses Vorfalles sowie wegen der Forderung anderer Grenzstädter besteht die Belgrader Regierung, den südslowenischen Gesandten in Rom zu beauftragen, bei der italienischen Regierung in Rom Schritte zu unternehmen und die Einleitung einer strengen Untersuchung über die Vorfälle zu verlangen.

Wegweiser zum Sozialismus

II.

Der Stinnes-Konzern im Ausland.

Bei der Betrachtung der Expansion im Ausland weisen die Verleger des mehrfach genannten Buches darauf hin, daß zu unterscheiden sei zwischen den einzelnen ausländischen Unternehmungen der Glieder der S. K. S. U. und den von Stinnes nach dem Kriege errungenen Positionen. „Nicht zuletzt war es die gesteigerte Expansionskraft dieses Industriezweiges, die das Ausland in Esten um feste, wenn andererseits die Armut Deutschlands in allen Tonarten gefangen wurde.“ Der chronische Devisenmangel seines Vaterlandes rührte ihn nicht; er bemühte seinen nicht zu schätzenden Devisenbesitz zur Gründung und Erweiterung neuer Unternehmungen im Ausland, aber nicht zur Stärkung der vaterländischen Wirtschaft. Das Exporthaus Stinnes in Hamburg wurde zunächst mit einem Kranz auswärtiger Filialitäten „Verbindungsbrücken“ des Stinneskonzerns nach dem In- und Auslande, aber der Kattentzung von Holdinggesellschaften, Interessengemeinschaften, Niederlassungen und ist selbst auf der mit bewundernswertem Fleiß hergestellten „Weltkarte“ zu Stinnes und seine Konzernne nicht leicht zu entwirren. Doch gibt eine andere Tabelle über Art und Anzahl der Besitzungen und Beteiligungen im europäischen und überseeischen Ausland genügenden Aufschluß. Im gesamten Ausland misst der Stinneskonzern nicht weniger als 254 Ein- und Verkaufsbüros, Import- und Exporthäuser, Vertriebs- und Handelsgesellschaften, Niederlassungen und Vertretungen; er besitzt 24 Kohlenbergwerke und -felder, 21 Erzgruben und -felder, 7 Delfelder und -fabriken, 16 Betriebe der Erden- und Steine, 29 Süttenwerke, 20 Metallwaren- und Maschinen-, Wagon- und Lokomotivfabriken, 4 Papier-, 80 elektrotechnische Fabriken, 8 Papier-, chemische und Zuckerraffinerien, 4 Schuhfabriken, 3 Telegraphen-Gesellschaften, 47 Elektrizitäts- und Gaswerke, 10 Bahnen, 9 Meedereien, 14 Zeitungen und Verlagsgesellschaften, 9 Wälder, Sägewerke und landwirtschaftliche Güter, 3 Baumwoll- und Kokospflanzungen und 10 Banken und Holdinggesellschaften. Fügen wir hinzu die Gesamtzahl der Unternehmungen des Stinneskonzerns, so erhält der Leser ein abgerundetes Bild von dessen Bedeutung. Unter Weglassung der viel größeren Anzahl der Betriebsanlagen als der Unternehmungen ergeben sich für diese selbst: Betriebe: 69 Hoch- und Tiefbau usw., 66 Chemie, Papier, Zucker, 59 Erzebergbau, 57 Banken, Holding- und Versicherungsgesellschaften, 56 Sütten-, Stahl- und Walzwerke, 49 Braunkohlenbergwerke, 37 Del. Petroleumfelder und -fabriken, 17 gemeinnützige Unternehmen, 254 Bureau-, Handelsvertretungen usw., 225 Elektrizitäts-, Strom-, Gas-, Wärmeproduktions- und Telegraphengesellschaften, 176 Betriebe der elektrischen Industrie, 185 Bureau usw. im Inlande, 112 Syndikate, Kartelle und Verbände, 100 Maschinen-, Lokomotiv-, Schiffbau, 88 Verlagsgesellschaften und Plantagen, 83 Bahnen, Meedereien und 81 Stein-, Kohlenbergwerke.

Nach der Vorführung der sachlichen Machtkonzentration des Stinneskonzerns ist es angebracht, nicht nur dem Organisator menschlich näherzutreten, sondern auch der kleineren Mit- und Nebenläufer zu gedenken. Dazu ist das zweite, ebenfalls im Verlag für Sozialwissenschaft in Berlin erschienene, weniger umfangreiche Buch von Ufermann —

Könige der Inflation

vorzüglich geeignet. Sind doch Krieg und Inflation die Vorbedingungen gewesen für den Aufstieg einzelner Personen, für die Konzentration der Produktionsmittel in wenigen Händen und für eine Umwälzung der Gesellschaft, wie sie in der Vergangenheit niemals stattfand. „Während die Best der Bevölkerung heimwärts, stiegen immer größere Kreise der Bevölkerung heimwärts, stiegen einige wenige zu Macht und Reichtum empor. Das waren die Ragnier der Inflation, Meister der Spekulation, die das gigantische Geheimnis schon zu einer Zeit begriffen, als andre noch in dem Wahne lebten, daß Geld Geld und im Werte sich gleichbleibend sei.“ Und der Genannte hat durchaus recht, wenn er weiter feststellt, „daß die demokratischen Regierungen des neuen Deutschlands nicht alle Maßnahmen ergriffen haben, um dem Uebel früh genug steuern zu können.“

Was nun den „König der Könige“ der Inflation anbelangt, so unterscheidet er sich von den andern dadurch, daß er bereits vor Kriegsausbruch ein Industrieller und Großhändler von Bedeutung war, während die übrigen aus dem Dunkel ihres Daseins von der Welle des Falldagelbes emporgetragen wurden. Mit dem Kriege aber kam die Gelegenheit zu ungeheuren Gewinnen, die, zum Kauf von Sachwerten und Industrieunternehmungen benutzt, sich in geometrischer Progression steigern mußten. Dabei darf nicht übersehen werden, daß die deutsche Großindustrie bei Ausbruch des Krieges bereits eine Weltmacht geworden war. Im Innern war sie es schon lange vorher. Nachdem sie gelitten hatte, wie der Krieg mehr und mehr ihre Machtstellung befestigte und ihren Reichtum vermehrte, erlangte sie mit Stinnes an den Spitze